

Antrag

**der Abgeordneten Thomas Reich, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,
Detlef Ehlebracht, Krzysztof Walczak, Olga Petersen und Marco Schulz (AfD)**

Betr.: Lebensmittelausgaben in der Corona-Krise so wichtig wie nie – Weiterbetrieb sicherstellen

Die vom Senat verhängten Kontaktbeschränkungen stellten die Betreiber der Lebensmittelausgabestellen insbesondere zu Beginn der Corona-Pandemie vor organisatorische, logistische und finanzielle Herausforderungen. Einige der Ausgabestellen mussten kurzfristig sogar schließen, sodass es bei anderen wiederum zu einem verstärkten Andrang von hilfebedürftigen Menschen gekommen ist.¹ Die Folgen der staatlichen Kontaktbeschränkungen haben sich nun in Hamburg spürbar negativ auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt niedergeschlagen. So belaufen sich die Arbeitslosenzahlen für Mai 2020 auf rund 84.000 und sind damit 30 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Im Vergleich zum April 2020 ist die Zahl der Arbeitslosen damit um 6.900 gestiegen, also um 0,6 auf 7,9 Prozent.²

Der Senat bestätigt in der kürzlich beantworteten Schriftlichen Kleinen Anfrage dies wie folgt: „Darüber hinaus kommen infolge der COVID-19-Pandemie Menschen, die größtenteils in prekären Arbeitsverhältnissen stehen, sich in Kurzarbeit befinden oder ihre Arbeit bereits gänzlich verloren haben, hinzu.“³ Dieser Umstand gilt unabhängig von der Tatsache, dass Angebote der Lebensmittelausgabestellen aufgrund der Corona-Krise ausgeweitet wurden oder hinzugekommen sind. So steht dieses doch vielmehr als Beleg dafür, den Weiterbetrieb der Lebensmittelausgabestellen gegen zukünftige Pandemien oder andere Krisen präventiv zu wappnen.

Noch deutlicher ist der Wegfall des Personals in Erscheinung getreten. Die größtenteils ehrenamtlichen Helfer sind Senioren und gehören zur Risikogruppe bei COVID-19-Erkrankungen und standen mit ihrer Arbeitskraft den Ausgabestellen nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung. In der bereits erwähnten Anfrage findet sich dazu Folgendes: „Die Hamburger Tafel hat bereits zu Beginn der COVID-19-Pandemie im März 2020 alle freiwilligen Helferinnen und Helfer mit Zugehörigkeit zur COVID-19-Risikogruppe (insbesondere Seniorinnen und Senioren ab einem Alter von 60 Jahren) aus dem Engagement freigestellt.“⁴ Erfreulicherweise ist offenbar ein verstärktes Engagement junger Menschen auch im Rahmen ihres Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) zu verzeichnen. Dies ist aber – wie sich aus der Anfrage ergibt – nur ein Tropfen auf den heißen Stein, ebenso für die temporäre Anstellung von nur sechs jungen Menschen im Rahmen ihres Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ). Auch die für Juli vorgesehene feste Einstellung von zwei ehemaligen FSJ-Mitarbeitern kann nicht als ausreichend angesehen werden. Positiv zu werten ist hingegen die Vermittlungsplattform der Hamburger Freiwilligenagenturen. Diese Vernetzung sollte verstetigt und unter anderem als personalgebundener Pool für zukünftige Pandemien und andere Krisen

¹ „Bergedorfer Zeitung“ vom 18.05.2020.

² NDR 90,3 vom 03.06.2020.

³ Drs. 22/418.

⁴ Drs. 22/418.

aufgebaut werden. Sowohl die Hamburger Tafel als auch die Betreiber der Lebensmittelausgabestellen sind in diesen Prozess miteinzubinden.

Auf der anderen Seite stehen die Hilfebedürftigen. Insbesondere zu Beginn dieser Krise wurden die gefährdeten Senioren angehalten, zu Hause zu bleiben. Nun gibt es auch unter den Senioren Bezieher von Lebensmitteln der Ausgabestellen, die sich verständlicherweise der Gefahr einer Ansteckung mit dem Corona-Erreger nicht aussetzen wollten. Vor allem der außerordentlichen Hilfsbereitschaft von Nachbarn ist es zu verdanken, dass diese Gruppe weiterhin gepflegt wurde; es stellt sich daher die berechnete Frage, inwieweit staatliche Institutionen zum Wohl und zur Unterstützung hilfsbedürftiger Menschen eingreifen sollten.

Als alternative Ergänzung zu temporär eingerichteten mobilen Ausgabestellen eignet sich das „Carsharing“. Behördenfahrzeuge, die jeweils vor und nach Dienstbeginn nicht genutzt werden, stünden nun für den Transport von Lebensmitteln zu den Ausgabestellen zur Verfügung.

Der vorliegende Antrag verfolgt die Zielsetzung, den Weiterbetrieb der Lebensmittelausgabestellen insbesondere in Krisenzeiten organisatorisch, logistisch und finanziell für die Zukunft dauerhaft sicherzustellen und das Angebot der Belieferung mit Lebensmitteln auf hilfsbedürftige Risikogruppen zu erweitern.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. zur Prävention gegen Pandemien und andere Krisen einen dauerhaft ausreichenden Personalpool in Zusammenarbeit mit der Hamburger Tafel, den Betreibern der Lebensmittelausgabestellen und der Vermittlungsplattform zu schaffen, um den Weiterbetrieb der Ausgabestellen zu gewährleisten und Hilfebedürftige der Risikogruppen mit Lebensmitteln zu versorgen.
2. in Zusammenarbeit mit den Tafeln und den Betreibern der Lebensmittelausgabestellen ein Sicherheitskonzept zum Schutz der ehrenamtlichen Helfer aus der Risikogruppe zu erstellen.
3. den Lebensmittelausgabestellen dauerhaft und in ausreichendem Maß Mund- und Nasenschutzmasken, Einweghandschuhe und Desinfektionsmittel zur Verfügung zu stellen.
4. nicht mehr genutzte Fahrzeuge der Behörden für den Transport von Lebensmitteln zu den Ausgabestellen bereitzustellen.
5. bei Engpässen Behördenfahrzeuge außerhalb des Dienstbeginns für den Transport von Lebensmitteln zu den Ausgabestellen zur Verfügung zu stellen.
6. der aktuellen Situation entsprechend geeignete Räumlichkeiten zum Vertrieb von Lebensmitteln bereitzustellen.
7. der aktuellen Situation entsprechend zu den während der Corona-Krise zusätzlich eingerichteten Ausgabestellen zwei weitere mobile Ausgabestellen zu errichten.
8. der Bürgerschaft bis zum 30. September 2020 zu berichten.